



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für
Pforzheim und den Enzkreis

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Gauck: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz!“

Am 27. Januar 2015, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, kam der Bundestag anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zu einer Gedenkstunde zusammen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hieß da-zu Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesratspräsident Volker Bouffier und Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle sowie zahlreiche Ehrengäste auf der Tribüne willkommen. Stellvertretend nannte Lammert den polnischen Journalisten Marian Turski, der als 18-Jähriger nach Auschwitz deportiert worden war und den Todesmarsch nach Buchenwald überlebte.

„Ich hab keinen Ort mehr auf der Welt. Es ist ortlos, wo ich bin“, zitierte Bundestagspräsident Lammert zu Beginn der Gedenkstunde die jüdische Dichterin Nelly Sachs. Die gebürtige Berlinerin habe sich im allerletzten Moment der bereits angeordneten Deportation entziehen können. Dagegen habe das Verbrechen seine Orte: Wie kein anderer Ort stehe Auschwitz als Synonym für das, was Menschen anderen Menschen antun können. Nicht vergessen werden dürfe auch das Netz von Lagern, das die Nationalsozialisten über Europa spannten – die enthemmte Brutalität bei der Unterwerfung großer Teile des Kontinents mit Hinrichtungen, Massenerschießungen, der Einrichtung von Ghettos und gnadenloser Hungerblockade. Diesem europaweiten Vernichtungskrieg sei in Deutschland bereits früh die schrittweise Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung vorausgegangen – für alle sichtbar, die sehen wollten: für Nachbarn, Kollegen, Verwandte, Freunde und Bekannte, sagte der Bundestagspräsident.

Bundespräsident Gauck unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der Gedenkstunde im Bundestag, die seit 1996 jährlich begangen wird. Auch wenn der Holocaust nicht mehr für alle Bürger zu den Kernelementen deutscher Identität zähle, so gelte doch weiterhin: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Er teile zwar die Sorge nicht, so Bundespräsident Gauck, dass das Interesse der jungen Generation an den nationalsozialistischen Verbrechen schwinden werde. Er sei sich aber bewusst, dass sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit weiter verändern werde und verändern müsse. Selbst wenn man in Zukunft auf die Begegnung mit Zeitzeugen verzichten müsse, so dürfe die emotionale Betroffenheit nicht verloren gehen. Auch Angehörige der dritten und vierten Generation, auch Menschen ohne deutsche Wurzeln fühlten sich berührt, wenn sie in Auschwitz auf Koffern der Ermordeten die Namen ihrer einstigen Besitzer entdeckten.

Der Holocaust als Menschheitsverbrechen - diesen Weg der Annäherung hätten auch Eingewanderte, selbst wenn sie sich nicht oder noch nicht als Deutsche fühlen, so der Bundespräsident. Gauck zitierte aus einem Brief einer jungen Frau aus einer Einwandererfamilie: „Ich habe keine deutschen Vorfahren, aber ich werde deutsche Nachfahren haben. Und die werden mich zur Rechenschaft ziehen, wenn heute Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten auf unserem Boden ausgeübt werden.“ Zeit seines Lebens werde er darunter leiden, sagte der Bundespräsident, dass die deutsche Nation mit ihrer so achtenswerten Kultur zu den ungeheuerlichsten Menschheitsverbrechen fähig war.

Bundesmittle für Pforzheimer Schulen

Die Bundesagentur für Arbeit stellt für die Schuljahre 2014/2015 bis 2018/2019 bundesweit 1 Milliarde Euro zur Verfügung, um Jugendlichen beim Erreichen des Schulabschlusses und beim Berufseinstieg zu unterstützen. Dadurch soll die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss, die in Baden-Württemberg derzeit bei knapp 5% liegt, weiter gesenkt werden. Das ist wichtig, denn die Erwartungen der Unternehmen an die Ausbildung steigen und ohne Schulabschluss gestaltet sich der Berufseinstieg dementsprechend schwierig. Von dem Projekt profitieren auch Schüler in Pforzheim und dem Enzkreis. Auf der jetzt in Berlin veröffentlichten Projektliste finden sich aus Pforzheim die Bohrain-Schule, die Pestalozzischule, die Insel-Werkrealschule und die Brötzingen-Schule sowie aus Knittlingen die Dr. Johannes-Faust-Schule.

Mindestlohnregelungen für Sportvereine müssen präzisiert werden

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro bereitet den Sportvereinen Sorgen, weil Rechtsklarheit für den Umgang mit Sportlern, Übungsleitern und Platzwarten fehlt. So sei oft nicht klar, welche Tätigkeiten in den Vereinen überhaupt vom Mindestlohn und den damit verbundenen Dokumentationspflichten erfasst werden. Daher muss jetzt das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales schnellstens Regelungen erarbeiten, die die besonderen Bedingungen im Sport und im übrigen Vereinswesen angemessen berücksichtigen. Ganz besonders wichtig ist eine Festlegung, welche Tätigkeiten unter den Begriff „Ehrenamt“ fallen, weil die Koalition vereinbart hatte, dass ehrenamtliche Tätigkeiten nicht vom Mindestlohn erfasst werden sollen. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) sammelt bereits offene Fragen und hat Experten nach Frankfurt eingeladen, um die Probleme zu analysieren. Schon jetzt heißt es: Vor allem beim Thema „Arbeitszeiterfassung und Dokumentation“ besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Asylverfahren deutlich kürzer

Die Dauer der Asylverfahren in Deutschland hat sich im vergangenen halben Jahr deutlich verringert. Während bei den im Juli 2014 entschiedenen Anträgen die Verfahren durchschnittlich noch 7,7 Monate dauerten, waren es bei den Entscheidungen im Dezember nur noch 5,7

Monate. Ein Grund für die Beschleunigung der Verfahren sind unter anderem die 2014 zusätzlich eingestellten 300 Mitarbeiter. Hinzu kommt der hohe Anteil von Verfahren sowohl aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern des Westbalkans als auch aus unsicheren Herkunftsländern wie Syrien und dem Irak. Über solche Fälle kann schnell entschieden werden. Für 2015 wurden 350 weitere Stellen bewilligt, die nun zügig besetzt werden sollen. Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, die durchschnittliche Verfahrensdauer auf drei Monate zu verkürzen.

Arbeitsmarktzahlen im Januar

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen für den Monat Januar weisen einen leichten, saisonbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit auf knapp über drei Millionen aus, der allein auf den Winter zurückzuführen ist. Er fiel geringer aus als in den Vorjahren. Das zeigt, dass unsere Konjunkturlage und unsere wirtschaftliche Entwicklung sich weiterhin positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Es ist erfreulich, dass die Arbeitskräftenachfrage und der Beschäftigungstrend weiter nach oben zeigen. Der Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften der Bundesagentur für Arbeit legte auch im Januar erneut zu. Die Nachfrage nach Mitarbeitern ist sogar höher als im Boom-Jahr 2011. Die Befürchtungen, dass die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zum Abbau von Arbeitsplätzen führen könnte, bewahrheiten sich nicht. Voreilige Schlussfolgerungen sind also zu vermeiden. Gleichzeitig dürfen die vielen Langzeitarbeitslosen nicht aus dem Blick verloren werden. Sie haben Stärken, die gestärkt und Arbeitgebern vermittelt werden müssen. Sie brauchen Hilfen, um die Treppen in den Arbeitsmarkt gehen zu können.

Griechenland muss Vereinbarungen einhalten!

Die linksradikale Partei Syriza hat die griechischen Parlamentswahlen gewonnen und droht, Vereinbarungen der Vorgängerregierungen mit der Troika aus EU, EZB und IWF aufzukündigen. Aus meiner Sicht gibt es keinen Spielraum für ein Entgegenkommen der EU gegenüber Griechenland. Sämtlicher Spielraum wurde bisher bereits ausgereizt. Kredittilgungen wurden bis 2020 ausgesetzt, Zinsen für Athen auf ein Niedrigstniveau gesenkt. Wir sind es anderen Ländern wie Portugal und den baltischen Staaten schuldig, die ihrerseits härteste Reformen durchgeführt haben, dass Griechenland keine weiteren Sonderkonditionen bekommt.